

Mit der Krise am Verteidigungshaushalt sparen
Schmitthenner: Kampf gegen Atomwaffen reicht nicht aus

„Unsere Zukunft atomwaffenfrei“



Ex-Bundespräsident Horst Köhler hatte es unfreiwilligerweise während seines Rückflugs aus dem Kriegsgebiet Afghanistan auf den Punkt gebracht: Wenn es um eigene oder nationale wirtschaftliche Interessen geht, könnten kriegerische Mittel eingesetzt werden. Diese Aussage und die anschließende Kritik veranlassten Köhler zum Rücktritt. Susanne Erbach fragte am Rande des Essener Kongresses „Unsere Zukunft atomwaffenfrei“ den Beauftragten der IG-Metall für soziale Bewegungen, Horst Schmitthenner, zum Zusammenhang von Frieden und Wirtschaft.

KAB-Impuls: Die globalisierte Weltwirtschaft zeichnet sich ja aus durch extreme Güterverteilungs-Unterschiede: Hier der Überfluss, in den Entwicklungsländern wächst der Hunger. Ungerechtigkeit stiftet damit auch Unfrieden. Was müsste sich ändern an der Weltwirtschaft, auch im Sinne von Friedenssicherung?

Horst Schmitthenner: Wenn man auf die Politik schaut, sieht man, dass sie weiterhin nicht auf friedliche Konfliktlösung setzt, sondern auf das Militärische – in allen europäischen Ländern. Damit gerät natürlich auch aus dem Blick, dass es für Kriege – sowohl innerstaatliche als auch Bürgerkriege – immer Gründe gibt. Diese Gründe haben etwas mit den sozialen Verhältnissen weltweit zu tun. Darum ist unser Engagement hier gegen Atomwaffen allein nicht ausreichend. Sondern Friedensengagement muss auch heißen: Wir müssen für gerechte Verhältnisse in der Welt eintreten, jeder muss Anspruch auf sauberes Trinkwasser haben, auf genügend Nahrung und vieles mehr, weil wir damit an die Wurzeln kämen, um Auseinandersetzungen doch zumindest stark einzudämmen.

Impuls: Wir beobachten leider, dass nach der Finanzkrise alles schon wieder wie zuvor weitergeht, dass sich dadurch anscheinend gar nichts zum Besseren geändert hat.

Schmitthenner: Natürlich! Wir reden zwar immer von „global“, aber wenn Sie genau hinsehen, dann stellen sich die Länder alle national auf und interessieren sich überhaupt nicht für das, was wir oder NGOs anmahnen, sondern sie interessieren sich nur für ihre Marktpositionen, um Geld zu verdienen! Sie sehen nicht den Zusammenhang mit der Entwicklungspolitik, meinen, das sei ein Randthema und mit ein paar Milliarden erledigt.

Impuls: Dabei hätte man ja jetzt die Möglichkeit gehabt, einmal etwas Grundlegendes zu ändern – nachhaltige Wirtschaft für nachhaltigen Frieden zu etablieren. Wer hätte die Macht, solche fundamentalen Änderungen herbeizuführen?

Schmitthenner: Das geht nur zivilgesellschaftlich! Ich glaube nicht, dass die Parteien und Regierungen von sich aus dazu in der Lage sind, und ich beobachte auch – Stichwort „Postdemokratie“ –, dass doch eine immer stärkere Ent-



Die Angst vor dem Islam ist in Deutschland diffus, meint Gewerkschafter Horst Schmitthenner.
Foto: dpa

demokratisierung stattfindet. Die politische Elite sagt: Es ist uns völlig egal, was ihr verlangt, wir machen das so, wie wir es uns eben denken. Und da hilft natürlich nur, dass wir als zivilgesellschaftliche Organisationen uns vernetzen, um dagegen vorzugehen. Ich habe vor Augen: Es gibt etwa 25 Prozent der Bevölkerung, die sagen, man kann nichts machen, Engagement hat keinen Sinn, wir werden nichts ändern. Und es gibt 25 Prozent, die sagen, wir würden gerne etwas machen, aber nicht mit den Parteien. Wenn es uns nun als zivilgesellschaftliche Organisationen gelingen würde, diese beiden Teile anzusprechen, ihnen Raum zu bieten, sich zu entfalten, ohne dass sie meinen, sie würden von



uns zu etwas gedrängt, dann wären wir schon einen großen Schritt weiter.

Impuls: Also muss man durch Motivation auch Hoffnung machen, dass man etwas erreichen kann in vielen Bereichen?

Schmitthenner: Ja. Man kann diesen fatalisierten Gruppen mit Hilfe von Beispielen wie den Ostermärschen zeigen, was wir schon erreicht haben, und dass es sich doch lohnt, dass es immer Möglichkeiten des Einflusses gibt. Und um die anderen, die bereits motiviert sind, müssen wir uns mehr kümmern – nicht alles selbst vorgeben, sondern nachfragen, in welcher Form wollen sie Einfluss nehmen auf Politik? Was können sie sich vorstellen? Dann können wir Angebote machen.

Impuls: Beim Friedenskongress gab es die These, nach dem Ende des Kalten Krieges sei in der Bevölkerung das Empfinden von Bedrohung zurückgegangen, und darum sei vielleicht die Bereitschaft zum Friedensengagement nicht mehr so verbreitet: Andererseits gibt es aktuell ja durchaus die Angst vor dem Islam, vor radikalen Terroristen. Wo sehen Sie dort Ursachen und Lösungen?

Schmitthenner: Ich glaube, dass die Angst vor dem Islam sehr diffus ist in der Bevölkerung. Es gibt Kreise, die gar nicht mehr differenzieren, so als ob alle Muslime Taliban oder Selbstmordattentäter seien. Das äußert sich dann, wenn etwa eine Moschee eröffnet wird, wie in Köln; dann kommen diese geschürten Vorbehalte massiv hoch. Wo es aber zu

engeren Kontakten kommt, zeigt sich, dass auch wieder mehr Differenzierung einkehren kann – weil man sieht, die rennen ja doch nicht alle mit Maschinengewehren oder dergleichen herum. Aber das sind immer Fragen von Aufklärung, von Engagement derjenigen, die sich dieser Themen annehmen. Ich halte jedenfalls Angst und Bedrohung für einen ganz schlechten Ratgeber für Mobilisierung. Wir bekommen in den Betrieben im Moment nur ganz schlecht etwas hin, z.B. für höhere Löhne, weil die Menschen Angst haben, arbeitslos zu werden und in einem Jahr bei Hartz IV zu landen – das lähmt die Bereitschaft, etwas zu machen! Wir dürfen also nicht darauf setzen, ob es den Menschen schlecht genug geht, ob sie Angst oder Bedrohung empfinden, denn das aktiviert nicht, sondern wir müssen auf Aufklärung, Bildung und Überzeugung setzen, müssen Mut machen, dass man doch etwas verändern kann!



Impuls: Stichwort sozialer Frieden: Angesichts von Dumpinglöhnen, Billigjobs und befristeten Arbeitsverträgen – wie kann man da Arbeitnehmerrechte, auch hier in Deutschland, überhaupt noch retten?

Schmitthenner: Erstens haben wir nach 1945 ein Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital entwickelt, in dem sich in der Tat bestimmte Rechte herausgebildet haben. Wir haben in den Betrieben starke Gruppen, die seit Jahrzehnten diese Rechte in Anspruch nehmen, ich rede von Vertrauensleuten und Betriebsräten. Die wird man nicht ohne Weiteres weg-schieben können. Von daher haben wir schon ganz günstige Voraussetzungen. Dass diese Dinge dennoch passieren,